

16. Deutsch-französischer Umweltrat in

Goslar am 4. Februar 2008

Kommuniqué

Auf der Grundlage des Elysée-Vertrags fand am 4. Februar 2008 das 16. Treffen des deutsch-französischen Umweltrates statt. Unter dem Vorsitz von Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, und Jean-Louis Borloo, Vizepremierminister sowie Minister für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Raumordnung der Französischen Republik traf sich der Umweltrat in Goslar. Im Zentrum der Beratungen standen die französische EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2008 sowie die im Mai 2008 in Deutschland stattfindende Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD).

Die Minister erörterten insbesondere:

1. Französische EU-Präsidentschaft

a) Umsetzung der EU-Beschlüsse zu Klima und Energie

Deutschland und Frankreich begrüßen, dass die Kommission am 23. Januar 2008 ein Paket zur Umsetzung der klima- und energiepolitischen Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007 vorgelegt hat, das auch Emissionsreduktionen von 30% ermöglicht. Dies untermauert die Bereitschaft der EU, durch aktives Handeln in den internationalen Klimaverhandlungen zu einem guten Ergebnis zu kommen. Das Paket, das aus den vier Elementen Revision der Emissionshandels-Richtlinie, Richtlinie erneuerbare Energien, Entscheidung zur Aufteilung der Beiträge der Klimaziele sowie Richtlinie zur Kohlenstoffabscheidung und -lagerung (CCS) besteht, bedarf eines Gesamtansatzes. Deutschland unterstützt Frankreich bei der beabsichtigten Einigung in erster Lesung während seiner Ratspräsidentschaft vor der Neuwahl des Europäischen Parlaments.

Deutschland und Frankreich begrüßen den Vorschlag der Kommission zur Überprüfung des Emissionshandels, der eine weitergehende Harmonisierung vorsieht und insbesondere ein einheitliches EU-Cap anstelle von 27 nationalen Allokationsplänen einführt. Dabei sollen die Zertifikate in der Regel durch Auktionierungen verteilt werden. Für Deutschland und Frankreich ist es essentiell, dass der Vorschlag der Kommission effizient, gerecht und wirtschaftlich vertretbar ist und die Wettbewerbsfähigkeit für die im globalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie sicher gestellt bleibt. Dazu soll eine bilaterale Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

Eine Kernfrage der künftigen Richtlinie erneuerbare Energien, mit der das verbindliche 20%-Ziel umgesetzt werden soll, ist für Deutschland und Frankreich eine faire und effiziente Verteilung der Ausbauziele auf alle Mitgliedstaaten. Alle Mitgliedstaaten sollen zur Zielerreichung beitragen. Außerdem ist ein geeigneter Ausgleichsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen. Entscheidend ist, dass die neue Richtlinie die erfolgreichen Förderungssysteme für erneuerbare Energien in Deutschland und Frankreich nicht in Frage stellt. Für Biokraftstoffe fordern Deutschland und Frankreich die Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien.

CCS ist eine Zukunftsoption auf dem Wege zur Erfüllung der Klimaziele. Deutschland und Frankreich unterstützen daher die durch die Richtlinie angestrebte Vereinheitlichung des Schutzniveaus für die Nutzung von CCS und treten für ein hohes Schutzniveau ein.

Beide Minister setzen sich dafür ein, dass die Kommission anspruchsvolle und dynamische Standards für die Energieeffizienz von Produkten vorschlägt, die sich unter anderem an einem Top-Runner-Ansatz orientieren.

Begrenzung der CO₂-Emissionen von Personenkraftfahrzeugen (Pkw)

Sigmar Gabriel und Jean-Louis Borloo erklären ihre Unterstützung für den integrierten Ansatz, der erlauben wird, eine Reduzierung des Emissionsdurchschnitts der neuen Pkw in der EU bis 2012 auf 120 g CO₂/km zu erreichen. Dieser integrierte Ansatz sieht einerseits eine Regelung zur Begrenzung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen der neuen Pkw auf 130 g CO₂/km vor, und andererseits eine weitere Reduzierung von 10 g CO₂/km durch zusätzliche Maßnahmen wie Biokraftstoffe.

Die beiden Minister unterstreichen ihre Absicht, gemeinsam bei diesem Vorhaben voran zu kommen, um den vom Junirat 2007 angenommenen Zeitplan einzuhalten. In diesem Zusammenhang beabsichtigen sie, Ende Februar ein Treffen in Paris zu organisieren.

2. Gentechnik

Beide Minister wünschen, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sich nachhaltig dafür einsetzt, die wissenschaftliche Basis und die Transparenz des europäischen Zulassungsverfahrens für gentechnisch veränderte Organismen zu verbessern, und die Stellungnahmen der EU-Mitgliedstaaten in diesen Verfahren verstärkt berücksichtigt. Die von den Mitgliedstaaten aufgeworfenen Fragen und Bedenken müssen im Zulassungsverfahren von EFSA einer gründlichen Prüfung unterworfen und in zufrieden stellender Weise beantwortet werden; dies gilt auch für den gentechnisch veränderten Mais MON 810.

3. Biodiversität - 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt - CBD im Mai 2008 in Bonn

Sigmar Gabriel und Jean-Louis Borloo bekräftigen, dass der Verlust der biologischen Vielfalt – neben dem Klimawandel – eine der zentralen globalen Herausforderungen unseres Jahrhun-

derts darstellt. Daher begrüßen sie die Konferenz als das herausragende Ereignis im Jahr 2008, um den Erhalt der Biodiversität weltweit grundlegend voranzubringen.

Die Konferenz bietet die Gelegenheit, konkrete Fortschritte für die Umsetzung des 2002 in Johannesburg vereinbarten Ziels zu erreichen, den rapiden Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahre 2010 zu reduzieren und ein internationales Regelwerk im Bereich Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich (Access and Benefit Sharing – ABS) zu verabschieden.

Die beiden Minister bekräftigen ihre Bereitschaft, sich gemeinsam für engagierte Beschlüsse insbesondere in den Bereichen Finanzierung, Schutzgebiete und ABS einzusetzen. Sie begrüßen die LifeWeb-Initiative als geeignetes Instrument, um Fortschritte bei der Vervollständigung und Finanzierung des globalen Schutzgebietsnetzes zu erzielen. Gleichzeitig unterstreichen sie ihr Engagement bei der Bildung eines wissenschaftlichen Panels zur Biodiversität (IMOSEB) und der Erstellung eines Berichts über die ökonomischen Kosten unterlassener Schutzmaßnahmen für die biologische Vielfalt (Bericht zur Biodiversität nach Vorbild des Stern-Reports). Hierfür haben die auf dem G8+5-Umweltministertreffen beschlossenen Aktivitäten (Potsdam-Initiative) eine hervorragende Ausgangslage geschaffen.